



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

**Das Französische Gelbbuch von 1914
[neunzehnhundertvierzehn]**

Wegerer, Alfred von

Berlin, 1927

I. Abschnitt Vorzeichen (1913)

[urn:nbn:de:hbz:466:1-74580](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-74580)

I. Abschnitt
Vorzeichen
(1913)

Nr. 1

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,
an Herrn Jonnart, Minister des Äußern*

Berlin, den 17. März 1913

Unser Militärattaché und unser Marineattaché unterbreiten ihren vorgesetzten Ministern Berichte über die neue deutsche Militärvorlage. Ich lenke die Aufmerksamkeit Ew. Exzellenz auf diese wichtigen Aktenstücke.

Einzig das Studium der Frage, wie die Mittel zur Deckung der Kosten der vorgesehenen militärischen Maßnahmen aufgebracht werden sollen, verzögert die Veröffentlichung der endgültigen Vorschläge der deutschen Regierung. Die besitzenden Klassen, besonders die Geschäftswelt, sind trotz des zur Schau getragenen Patriotismus, mit dem sie das ihnen zugemutete Opfer auf sich nehmen, mit den angekündigten Finanzmaßnahmen unzufrieden und ahnen, daß eine solche Steuer, mitten in Zeiten des Friedens erhoben, für die Zukunft gefährliche Folgen haben kann. Andererseits haben die Bundesregierungen der Neuerung, die dem Reich Einnahmen aus indirekten Steuern verschaffen wird, einen lebhaften Widerstand entgegengesetzt. Bis jetzt war der Bezug solcher Steuern den Bundesstaaten vorbehalten, und diese erblicken im Abweichen von der bisherigen Regel eine neue Stärkung des Reiches und eine gewisse Beeinträchtigung ihrer eigenen Souveränität.

Wie dem auch sei: indem das Reich seine Heeresmacht verstärkt, zeigt es sich entschlossen, nichts dem Zufall zu überlassen, wenn eine Verwicklung eintreten sollte.

Die von Deutschland beschlossenen Neuerungen hatten eine von ihm nicht erwartete Wirkung: die französische Regierung brachte den Vorschlag auf Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit ein, und mit mannhafter Entschlossenheit sprach sich Frankreich für diesen Antrag aus. Das dadurch in Deutschland hervorgerufene Erstaunen wurde von der

Reichsregierung benützt, um die unbedingte Notwendigkeit der Verstärkung der deutschen Heeresmacht zu betonen. Die neuen Vorschläge wurden als eine Antwort auf das Vorgehen Frankreichs hingestellt. In Wahrheit verhält es sich aber gerade umgekehrt: die gewaltigen Anstrengungen, die Frankreich auf dem Gebiete des Heerwesens auf sich nimmt, sind lediglich die Folge der von Deutschland unternommenen Schritte*.

Die Reichsbehörden werden nicht müde, die patriotische Begeisterung zu schüren. Der Kaiser gefällt sich darin, täglich das Andenken an 1813 wachzurufen. Gestern abend durchzog ein militärischer Zapfenstreich die Straßen Berlins, und dabei wurden Reden gehalten, in denen die heutige Lage der vor hundert Jahren gleichgestellt wurde. Diese Bearbeitung der öffentlichen Meinung wird in den Verhandlungen des nächsten Monat zusammentretenden Reichstags ihren Widerhall finden, und ich habe Grund zu der Befürchtung, daß sogar der Kanzler verleitet werde, in seinen Erklärungen auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland anzuspieren**. Es war zu erwarten, daß man in dem Augenblicke, wo dem Lande neue Opfer zugemutet werden, seinen Patriotismus anfachen würde; aber es heißt mit der Vergleichung geschichtlicher Tatsachen Mißbrauch treiben, wenn man die heutige Zeit der von 1813 gleichstellt. Vor hundert Jahren erhob sich das deutsche Volk gegen den genialen Mann, der nach der Weltherrschaft strebte; wenn diese Bewegung heute irgendwo ihr Gegenstück finden sollte, so müßte man es in Frankreich suchen; denn das französische Volk ist einzig und allein darauf bedacht, sich gegen die Herrschaft der Gewalt zu schützen.

Man darf sich aber nicht verhehlen, daß diese in den beiden Ländern vorwaltende Stimmung die Lage ernst gestaltet. Jules Cambon

* Die erste Nachricht über eine deutsche Wehrvorlage drang durch einen Artikel der „Post“ vom 8. Januar 1913 in die Öffentlichkeit. Die hier gemachten Angaben wurden in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ am 10. Januar dementiert und zugleich darin zum Ausdruck gebracht, daß eine Wehrvorlage noch gar nicht vorhanden sei, sondern daß vorläufig die Militärressorts erst mit den einschlägigen Vorarbeiten beschäftigt seien. Am 17. Februar teilte der „Temps“ mit, daß die französische Regierung in Kürze drei Gesetzentwürfe über die Vermehrung des Landheeres veröffentlichen werde. Am 10. März wurde die Regierungsvorlage zur Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in der französischen Kammer verteilt. Am 28. März 1913 veröffentlichte eine Extraausgabe der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die deutsche Wehrvorlage.

** In seiner Reichstagsrede vom 7. April 1913 über die Einbringung der Wehrvorlage sagte Reichskanzler von Bethmann Hollweg:

„Die französische Nation, so kriegstüchtig und tapfer, so stolz auf Ruhm und Ehre, so vaterlandsliebend und opferwillig sie ist, ich glaube nicht, daß sie in ihrer Gesamtheit zum Kriege drängt. Aber für weite Kreise der französischen Nation, nicht nur für die chauvinistischen, sondern auch für die ruhigen und überlegten Elemente ist eingetroffen, was Bismarck fürchtete. Man glaubt sich, wenn nicht überlegen, so doch zum mindesten gewachsen zu sein im Vertrauen auf die Stärke der eigenen Armee, im Vertrauen auf das Bündnis mit Rußland, vielleicht auch in der Hoffnung auf die Freundschaft Englands. Das ist die gefährliche Kehrseite des Erstarkens des französischen Nationalempfindens.“ (Schultheß' Europäischer Geschichtskalender 1913, S. 131.)

BEILAGE I

Bericht des Oberstleutnants Serret, Militärattaché bei der französischen Botschaft in Berlin, an Herrn Etienne, Kriegsminister

Berlin, den 15. März 1913

Die patriotische Bewegung, die in Frankreich zutage getreten ist, hat gewisse Kreise hier in einen wahren Zorn versetzt.

Ich behaupte freilich keineswegs, daß der in der „Kölnischen Zeitung“ erschienene heftige Artikel die allgemeine Meinung widerspiegle; er ist vielmehr der Wutausbruch eines impulsiven Journalisten, der von der Regierung sofort desavouiert wurde.

Aber trotz ihrer Ungehörigkeit darf die Bedeutung dieser Kundgebung der „Kölnischen Zeitung“ nicht unterschätzt werden. Sie wurde, wenn auch nicht in ihrer Form, doch in ihrem Geist von mehreren bedeutenden Zeitungen gutgeheißen, und sie scheint mir der Ausdruck eines wirklich vorhandenen Gefühls, eines verhaltenen Zornes zu sein.

Diese Feststellung ist von Interesse, da sie den Sinn der gegenwärtigen Rüstungen in ein helleres Licht zu rücken vermag.

Schon seit einiger Zeit trifft man Leute an, welche die militärischen Pläne Frankreichs als außerordentlich und ungerechtfertigt bezeichnen. In einem Salon verstieg sich ein Reichstagsabgeordneter, und zwar kein überspannter Kopf, im Gespräch über die dreijährige Dienstzeit in Frankreich zu dem Ausspruch: „Das ist eine Herausforderung, das werden wir nicht zugeben.“ Gemäßigtere Persönlichkeiten aus Militär- und Zivilkreisen kann man täglich den Standpunkt vertreten hören, Frankreich mit seinen 40 Millionen Einwohnern habe kein Recht, in dieser Weise mit Deutschland zu wetteifern.

Kurz, man ist wütend, und zwar nicht etwa wegen des fortwährenden Geschreis gewisser französischer Blätter, über die sich ernsthafte Leute nicht aufhalten, sondern man ist wütend und ärgert sich, weil man sieht, daß es trotz der gewaltigen Anstrengungen des letzten Jahres, die dieses Jahr fortgesetzt und noch gesteigert werden, wahrscheinlich auch jetzt noch nicht gelingt, Frankreich aus dem Felde zu schlagen.

Das ist aber in Wirklichkeit das von Deutschland verfolgte Ziel, uns endgültig aus dem Felde zu schlagen, da wir uns weder auf seine Seite stellen können noch wollen. Das kann nicht genug wiederholt werden, und das im Wurf liegende Gesetz, in dem man in Frankreich zu sehr nur einen spontanen Ausbruch erkennen will, ist lediglich die unvermeidliche und erwartete Folge des Gesetzes vom Juni 1912.

Dieses Gesetz, das zwei neue Armeekorps schuf, ließ absichtlich nach deutscher Art große Einheiten und Regimenter unvollständig. Es war klar, daß man mit der Ausfüllung der Lücken nicht lange zuwarten würde*.

* Somit wären wir einige Jahre später vor die Frage gestellt worden, vor der wir

Die Balkanwirren brachen gerade zur rechten Zeit aus und boten die erwünschte Gelegenheit, die Jahrhundertfeier der Freiheitskriege dazu zu benützen, um in Erinnerung an die einst schon gegen uns gebrachten Opfer um so leichter neue erhältlich zu machen.

Zur Klarlegung der Entstehungsgeschichte dieses Militärprogramms erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, was vor einem Jahre, beim Erscheinen des Gesetzes von 1912, mein Vorgänger, Oberst Pellé, schrieb:

„Wir werden täglich inne, wie tief und anhaltend die durch die letztjährigen Ereignisse geweckten Gefühle gekränkten Hochmuts und des Grolles uns gegenüber sind.

Der Vertrag vom 4. November 1911 ist eine gewaltige Enttäuschung.

In allen Landesteilen werden die Gemüter vom gleichen Gefühl der Mißstimmung beherrscht. Alle Deutschen, bis zu den Sozialdemokraten, grollen uns, daß wir sie um ihren Anteil an Marokko gebracht haben.

Vor einem oder zwei Jahren schienen die Deutschen zur Eroberung der Welt ausgezogen zu sein. Sie hielten sich für so stark, daß niemand wagen würde, den Kampf gegen sie aufzunehmen. Der deutschen Industrie, dem deutschen Handel, der deutschen Expansion erschlossen sich unbegrenzte Möglichkeiten.

Diese Gedanken und ehrgeizigen Bestrebungen sind heute natürlich nicht verschwunden. Die Deutschen haben immer noch das Bedürfnis nach neuen Absatzgebieten, nach wirtschaftlicher und kolonialer Ausdehnung. Sie halten sich dazu für berechtigt, weil sie fortwährend an Zahl zunehmen, weil die Zukunft ihnen gehört. Sie erblicken in uns, mit unsern 40 Millionen Einwohnern, eine Nation zweiten Ranges.

In der Krisis von 1911 hat diese Nation zweiten Ranges ihnen die Stirne geboten, und der Kaiser und die Regierung gaben nach. Das hat die öffentliche Meinung weder ihnen noch uns verziehen. Sie will nicht, daß derartiges sich wiederholen könne.“

Und in dem Augenblick, wo der zweite, gewaltige Teil des Programms seiner Verwirklichung nahe ist, wo die deutsche Militärmacht im Begriffe steht, jene endgültige Überlegenheit zu erreichen, die uns zwingen würde, gegebenenfalls eine Demütigung zu ertragen oder erdrückt zu werden — in diesem Augenblick lehnt sich Frankreich dagegen auf, abzudanken und liefert den Beweis „seiner unvergänglichen Kraft der Wiedergeburt und des Neuauflebens“, von der Renan gesprochen hat. Man versteht den deutschen Ärger nur zu gut.

Gewiß, die Regierung beruft sich auf die allgemeine europäische Lage und spricht von der slawischen Gefahr. In Wirklichkeit scheint mir die öffentliche Meinung der slawischen Gefahr gegenüber recht gleichgültig zu sein, und doch hat sie mit Würde, um nicht mehr zu sagen, die ungeheuren Lasten der beiden aufeinanderfolgenden Gesetze auf sich genommen.

heute stehen, und zwar unter noch beängstigenderen Umständen; denn der Rückgang unserer Kontingente verringert anhaltend unseren Friedensbestand. (Anmerkung des französischen Gelbbuches.)

Am vergangenen 10. März, der hundertjährigen Feier der Massenerhebung Deutschlands gegen uns, drängte sich trotz strömenden Regens eine gewaltige Menge zu der Militärparade vor dem Schloß und scharte sich im Tiergarten um die mit Bergen von Blumen geschmückten Standbilder der Königin Luise und Friedrich Wilhelms III.

Diese Feiern zur Erinnerung an den Kampf gegen Frankreich werden sich das ganze Jahr wiederholen. 1914 wird die Jahrhundertfeier des ersten französischen Feldzugs, des ersten Einzugs der Preußen in Paris in Szene gesetzt werden.

Kurz, wenn auch die öffentliche Meinung Deutschlands nicht mit dem Finger auf Frankreich hinweist, wie die „Kölnische Zeitung“ es tut, ist sie doch gegen uns gerichtet und wird es noch lange bleiben. Sie findet, daß wir mit unsern 40 Millionen Einwohnern einen unbedingt zu großen Platz an der Sonne einnehmen.

Die Deutschen wünschen den Frieden, so wird man nicht müde auszurufen, und der Kaiser vor allen; aber sie wollen den Frieden nicht im Sinne gegenseitiger Konzessionen und der Herstellung des Gleichgewichts der Rüstungen. Sie wollen gefürchtet sein, und sie schicken sich an, zu diesem Zweck die nötigen Opfer zu bringen. Wenn ihr Nationalstolz sich bei irgendeinem Anlaß verletzt fühlen sollte, so wird das Vertrauen des Landes auf die gewaltige Überlegenheit seines Heeres einen Ausbruch nationalen Zornes begünstigen, und diesem gegenüber wird die Mäßigung der Reichsregierung vielleicht ohnmächtig sein.

Es muß außerdem festgestellt werden, daß die Regierung alles ins Werk setzt, um das Nationalgefühl durch glanzvolle Gedächtnisfeiern der Ereignisse von 1813 zu erhitzen.

Übrigens würde die Wendung, welche die öffentliche Meinung genommen hat, in jedem Fall dem Kriege einen mehr oder weniger nationalen Charakter verleihen. Mit welchem Vorwand Deutschland auch einen europäischen Brandausbruch rechtfertigen mag, es ist unvermeidlich, daß die ersten entscheidenden Schläge gegen Frankreich gerichtet sein werden.

BEILAGE II

*Herr de Faramond,
Marineattaché bei der französischen Botschaft in Berlin,
an Herrn Baudin, Marineminister*

Berlin, den 15. März 1913

Anläßlich meines Berichts über die Prüfung des Marinebudgets durch die Kommission des Reichstags habe ich bemerkt, daß dieses Jahr kein Gesetz zur Erweiterung der Flotte vorgelegt, sondern daß jeder militärische Aufwand sich gegen uns richten werde.

Obwohl der neue Gesetzentwurf betreffend die Vermehrung der deutschen Bestände noch nicht vor dem Reichstag liegt, wissen wir doch aus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, daß es sich um eine „Heeresverstärkung im großen Stile“ handelt.

Die offiziellen Zeitungen haben sich übrigens bei Besprechung des Entwurfes in einer Weise geäußert, daß man die Mitteilungen des „Lokalanzeigers“ für zuverlässig halten darf.

Die deutschen Bestände betragen zurzeit 720000 Mann. Wir sind zum Schluß berechtigt, daß die Armee am 1. Oktober 1914 auf die Stärke von ungefähr 860000 Mann gebracht sein wird.

Dieser Zahl käme eine weniger große Bedeutung zu, wenn nicht die Absichten des neuen Gesetzes (nach dem, was die offiziellen Blätter haben durchblicken lassen), wie übrigens auch die Bestimmungen des Gesetzes von 1912, dahin zielten, die Armeekorps an unserer Grenze möglichst auf Kriegsstärke zu bringen, um uns plötzlich, gleich am Tage der Eröffnung der Feindseligkeiten, mit weit überlegenen Kräften angreifen zu können. Es ist für die Reichsregierung eine gebieterische Notwendigkeit, sofort am Anfang der Operationen einen Erfolg zu erringen.

Der deutsche Kaiser würde heute einen Krieg gegen Frankreich nicht mehr unter den gleichen Bedingungen wie vor 40 Jahren beginnen. Beim Ausbruch des Krieges von 1870 hatte der preußische Generalstab mit der Möglichkeit einer siegreichen Offensive der Franzosen gerechnet, und Moltke hatte, in der Voraussicht, daß wir unter Umständen bis nach Mainz gelangen könnten, seinem Monarchen erklärt: „Dort werden sie nicht weiter kommen.“ Wilhelm II. schaltet in seinen Berechnungen jede Möglichkeit eines Rückzuges aus, obschon der deutsche Soldat heute nicht mehr jener einfache, gottesfürchtige, auf Befehl seines Königs zum Sterben bereite Mann ist wie vor 40 Jahren. Angesichts der bei den letzten Wahlen abgegebenen vier Millionen sozialdemokratischer Stimmen und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß in Deutschland das Stimmrecht erst mit 25 Jahren erworben wird, läßt sich denken, daß das aus jungen Männern von 20—25 Jahren zusammengesetzte aktive Heer in seinen Reihen eine beträchtliche Zahl Sozialdemokraten birgt.

Gewiß wäre es töricht, anzunehmen, die deutschen Sozialdemokraten würden am ersten Tage, wo Deutschland und Frankreich handgemein werden, das Gewehr umkehren; aber es wird für die Reichsregierung von größter Bedeutung sein, ihnen die Überzeugung beizubringen, einerseits, daß wir die Angreifenden sind, und andererseits, daß sie volles Vertrauen in die Führung und den Ausgang des Kampfes haben können.

Ich war überrascht, bei der letzten Vereidigung der Garderekruten in Potsdam den Kaiser in seiner Ansprache an die jungen Soldaten über das Thema sprechen zu hören: „Die Pflicht, in schlechten Zeiten mutiger und disziplinierter zu sein als in guten.“

Und weil eine erste Niederlage der Deutschen für das Reich von unberechenbarer Tragweite wäre, darum zielen alle vom Großen Generalstab

ausgearbeiteten Militärpläne auf eine niederschmetternde Offensive gegen Frankreich hin.

In Wirklichkeit will sich die Reichsregierung instand setzen, allen möglichen Ereignissen gewachsen zu sein. Von seiten Frankreichs scheint ihr die Gefahr am größten. Die „Kölnische Zeitung“ sagte es offen in einem gehässigen und heftigen Artikel, der allerdings von der Wilhelmstraße mißbilligt wurde, aber mehr nur in seiner Form als in seinem Inhalt.

Wir müssen davon überzeugt sein, daß die von der „Kölnischen Zeitung“ geäußerte Ansicht zur Stunde von der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes geteilt wird.

Nach dieser Richtung dürfte es von Interesse sein, ein Gespräch anzuführen, das ein Mitglied unserer Botschaft an einem der letzten Abende mit dem alten Fürsten Henckel von Donnersmarck hatte, weil es die in den Hofkreisen herrschende Denkart wiedergeben dürfte.

Anspielend auf die neue deutsche Militärvorlage bemerkte Fürst von Donnersmarck: „Die Franzosen sind durchaus im Unrecht, wenn sie glauben, daß wir finstere Absichten hegen und den Krieg wünschen. Aber wir können nicht vergessen, daß 1870 die öffentliche Meinung die französische Regierung zwang, uns in wahnwitziger Weise anzugreifen, ohne bereit zu sein. Wer kann uns versichern, daß die öffentliche Meinung, die in Frankreich so leicht in Brand gerät, nicht eines schönen Tages die französische Regierung wieder zum Krieg mit uns nötige? Vor dieser Gefahr wollen wir uns zum voraus sichern.“

Und der Fürst fügte bei: „Man hat mich in Frankreich oft als einen der Anstifter des Krieges von 1870 angesehen. Das ist durchaus falsch. Wenn ich an den Folgen des Krieges mitgearbeitet habe, so hatte ich im Gegenteil vorher mein Möglichstes getan, um dessen Ausbruch zu verhindern. Als ich einige Zeit vor dem Kriege an einem Diner teilnahm, bei dem die angesehensten Persönlichkeiten des Kaiserreichs vereinigt waren, ergriff ich das Wort, um mein Bedauern auszusprechen über die feindseligen Gefühle, die bereits zwischen Frankreich und Preußen zutage traten. Man entgegnete mir, ich rede so, weil ich mich vor einem Kriege fürchte, dessen Ausgang sicher für Preußen ungünstig wäre. Ich erwiderte: Nein, nicht aus Angst weise ich den Gedanken an einen Krieg zwischen Frankreich und Preußen zurück, sondern weil ich glaube, daß es im Interesse beider Länder liegt, ihn zu vermeiden. Und da Sie auf den wahrscheinlichen Ausgang eines solchen Kampfes angespielt haben, will ich Ihnen meine Meinung sagen. Ich habe die Überzeugung, daß Sie geschlagen werden, und zwar deshalb, weil Sie bei allen glänzenden Eigenschaften der Franzosen, die ich anerkenne und bewundere, nicht pünktlich sind. Unter der Pünktlichkeit verstehe ich nicht das rechtzeitige Erscheinen bei einem Stelldichein, sondern die Pünktlichkeit im vollen Sinn des Wortes. Der Franzose, der leicht arbeitet, ist in der Erfüllung seiner Pflichten nicht so pünktlich wie der Deutsche. Im nächsten Kriege wird aber diejenige

Nation siegreich sein, deren Diener alle von oben bis unten ihre Pflicht, so groß oder so klein sie sein mag, genau erfüllen werden.“ Und der Fürst von Donnersmarck sagte weiter: „Die Pünktlichkeit, die eine so große Rolle spielte, als es sich vor 40 Jahren darum handelte, eine Armee von 500000 Mann in Bewegung zu setzen, wird eine noch viel größere Bedeutung haben im Laufe des nächsten Krieges, wo weit größere Massen zur Verwendung kommen werden.“

In dieser Form gab der alte Fürst dem Vertrauen Ausdruck, das alle Deutschen in die Überlegenheit ihrer Militärorganisation haben.

Als ich weiter oben von der neuen deutschen Vorlage sprach, habe ich nur auf die Verstärkung der Bestände hingewiesen. Allein sie bringt auch eine Vermehrung des Materials und der Verteidigungswerke mit sich. Einzelheiten darüber sind nicht bekannt, aber man kann sich davon einen Begriff machen, wenn man bedenkt, daß Ausgaben im Betrag von 1250000000 Franken vorgesehen sind.

Die Ausführung des Quinquennialgesetzes von 1911 hatte keine besonderen Finanzmaßnahmen notwendig gemacht.

Die Ausgaben des Militär- und Flottengesetzes von 1912 waren vorläufig gedeckt durch die Etatüberschüsse der Jahre 1910 und 1911, durch eine Abänderung des Alkoholgesetzes und durch das Aufschieben der Herabsetzung des Zuckertzolls (diese beiden letzten Einnahmsquellen ergaben übrigens zusammen nur einen Betrag von 60 Millionen Franken).

Überdies sei daran erinnert, daß kürzlich vom Reich und von Preußen große Anleihen aufgenommen worden sind: 500 Millionen Mark am 29. Januar 1912 und 350 Millionen Mark am 7. März 1913. Ein nicht unbedeutender Teil dieser Anleihen ist jedenfalls für die Militärausgaben bestimmt worden.

Das Militärgesetz von 1913 wird ganz ausnahmsweise Finanzmaßnahmen erfordern.

Nach den Angaben der halbamtlichen Zeitungen würden sich die sog. „einmaligen“ Ausgaben auf eine Milliarde Mark belaufen und die „dauernden“ Ausgaben infolge der Vermehrung der Bestände 200 Millionen Mark jährlich übersteigen.

Es scheint ziemlich sicher zu sein, daß die nicht jährlich wiederkehrenden Ausgaben durch eine Wehrsteuer auf dem Vermögen gedeckt werden sollen. Die kleineren Vermögen würden von der Steuer befreit und die Vermögen von über 20000 Mark mit einer Progressivsteuer belegt. In dieser Form können sich die Sozialdemokraten mit der Wehrsteuer abfinden; sie können so, ihrer üblichen Taktik gemäß, den Grundsatz des Militärgesetzes ablehnen und die seine Ausführung sichernden Mittel bewilligen.

Die Regierung fürchtet, daß diese außerordentliche, einzig das Vermögen belastende Steuer von einer Milliarde bei den Reichen und im Mittelstand eine dauernde Unzufriedenheit hervorrufen werde; darum tut sie alles, was in ihrer Macht liegt, um die, welche dieses schwere Lösegeld zu entrichten haben, davon zu überzeugen, daß die Sicherheit des Reichs

bedroht ist, und um die Ähnlichkeit zwischen der kriegerischen Zeit von 1813 und der Gegenwart nachzuweisen.

Durch eine geräuschvolle Begehung der Jahrhundertfeier der Unabhängigkeitskriege soll das Volk von der Notwendigkeit des Opfers überzeugt und ihm ins Gedächtnis gerufen werden, daß Frankreich heute wie vor hundert Jahren der Erbfeind ist.

Wenn wir feststellen, daß die deutsche Regierung mit allen Mitteln zu erreichen sucht, daß diese gewaltige Steuer nicht ratenweise entrichtet werde, und wenn, wie einige Zeitungen behaupten, der Gesamtbetrag vor dem 1. Juli 1914 bezahlt sein muß, so liegt darin für uns ein erschrecklicher Fingerzeig, denn nichts kann eine solche Eile der Militärbehörden verständlich machen, in ihrer Kasse über einen flüssigen Kriegsschatz von einer Milliarde zu verfügen.

Über die Deckung der dauernden Ausgaben, welche die Gesetze von 1912 und 1913 bedingen, hat noch nichts verlautet.

Es werden jedenfalls neue Beschlüsse notwendig sein zur Deckung der jährlichen Ausgaben.

Ich ziehe den Schluß: In Deutschland folgt die Ausführung einer militärischen Reform dem Beschlusse, sie an die Hand zu nehmen, immer auf dem Fuße. Alle neuen Bestimmungen des Quinquennialgesetzes von 1911 und des Gesetzes von 1912 sind bereits in Kraft getreten. Es ist sehr wohl möglich, daß ein Teil des Materials, dessen Ankauf das neue Gesetz bewilligen wird, schon in Erstellung begriffen ist. Die militärischen Geheimnisse werden hier so streng gehütet, daß es äußerst schwierig ist, den Veränderungen im Personal und Material zu folgen.

Mit 700000 Mann unter den Waffen (ganz abgesehen von den sehr zahlreichen Reservisten, die gegenwärtig eingeübt werden), mit einer vollkommenen militärischen Organisation und mit einer öffentlichen Meinung, die unter dem Banne der kriegerischen Aufrufe des Kriegerverbandes und des Flottenvereins steht, ist das deutsche Volk zur Stunde ein sehr gefährlicher Nachbar.

Wenn die dreijährige Dienstzeit in Frankreich angenommen wird und sofort zur Anwendung gelangt, werden die Verhältnisse nächstes Jahr weniger ungleich sein. Die deutschen Bestände werden zwar die unsrigen noch wesentlich übersteigen, aber die Einberufung der ganzen verfügbaren Macht wird keine Auswahl mehr gestatten und in das deutsche Heer Elemente zweiten Ranges und sogar weniger wünschenswerte Einheiten eingliedern. Der moralische Wert des aktiven Heeres wird dabei eine Einbuße erleiden.

Die Deutschen haben das Gleichgewicht der beiden Europa trennenden Lager zerstören wollen durch einen letzten großen Kraftaufwand, mit dem sie so ziemlich an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind.

Sie hielten Frankreich nicht für fähig zu einem großen Opfer. Die Annahme der dreijährigen Dienstzeit bei uns wird einen Strich durch ihre Rechnung machen.

Faramond

Nr. 2

*Herr Etienne, Kriegsminister,
an Herrn Jonnart, Minister des Äußern*

Paris, den 2. April 1913

Ich habe soeben von zuverlässiger Seite Mitteilung erhalten von einem amtlichen und geheimen Berichte über die Verstärkung des deutschen Heeres. Er zerfällt in zwei Teile: einen ersten, allgemeinen, und einen zweiten, technischen Inhalts, und beschreibt in allen Einzelheiten, Waffe für Waffe, genau die zu treffenden Maßnahmen; die Ausführungen über die Verwendung der Kraftfahrzeuge und die Benützung der Luftfahrzeuge sind besonders auffallend.

Ich habe die Ehre, Ihnen beiliegend eine Abschrift des ersten Teils dieses Aktenstücks zu überreichen, der mir Ihre Aufmerksamkeit zu verdienen scheint.

Etienne

BEILAGE

*Note über die Verstärkung des deutschen Heeres**

Berlin, den 19. März 1913

I. Allgemeines über die neuen Militärgesetze

Die Vermehrung erfolgte in drei Abschnitten:

1. Die Algesiraskonferenz hat die letzten Zweifel über das Bestehen einer Verständigung zwischen Frankreich, England und Rußland beseitigt. Andererseits sahen wir, daß Österreich-Ungarn genötigt war, Kräfte gegen Serbien und Italien festzulegen. Endlich war unsere Flotte damals nicht stark genug. Nach Beendigung des Konfliktes befaßte man sich daher in erster Linie mit der Verstärkung unserer Küstenverteidigung, mit der Hebung unserer Seemacht. Der Absicht Englands, ein Expeditionskorps von 100000 Mann auf den Kontinent zu entsenden, mußte man eine bessere Gliederung der Reserven entgegenhalten, die je nach den Umständen im Küstengebiet, in den Festungen und bei den Belagerungen Verwendung finden sollten. Es war schon in jenem Zeitpunkt klar, daß es ohne große Kraftanstrengung nicht abgehen würde.

2. Die Franzosen haben durch die Verletzung der marokkanischen Übereinkünfte den Zwischenfall von Agadir herbeigeführt. Damals mach-

* General Ludendorff erklärt diese angebliche deutsche Denkschrift für „apokryph“ und für „eine grobe Mystifikation“. Vgl. Ludendorff: Französische Fälschungen meiner Denkschrift von 1912 über den drohenden Krieg, ein Beitrag zur Schuld am Kriege. E. S. Mittler & Sohn, Berlin 1919. Wortlaut der echten Denkschrift siehe Anhang I, S. 195.

ten die Fortschritte des französischen Heeres, die moralische Erstarkung der Nation, der technische Vorsprung auf dem Gebiete der Luftschiffahrt und der Maschinengewehre einen Angriff gegen die Franzosen weniger leicht als im vorausgehenden Zeitabschnitt. Außerdem mußte man auf einen Angriff der englischen Flotte gefaßt sein. Diese schwierige Lage öffnete uns die Augen über die Notwendigkeit einer Heeresverstärkung. Diese Verstärkung wurde von jenem Zeitpunkte an als ein Minimum angesehen.

3. Der Balkankrieg hätte uns in einen Krieg verwickeln können, um unserm Verbündeten beizustehen. Die neue Lage im Süden Österreich-Ungarns verminderte den Wert der Hilfe, den dieser Verbündete uns bringen konnte. Andererseits war Frankreich durch ein neues Kadergesetz stärker geworden. Das neue Militärgesetz mußte daher früher zur Ausführung kommen, als ursprünglich vorgesehen war.

Man bereitet die öffentliche Meinung vor auf eine neue Verstärkung des aktiven Heeres, welche Deutschland einen ehrenvollen Frieden und den ihm in der Weltpolitik zukommenden Einfluß sichern würde. Das neue Militärgesetz und die Ergänzung, die ihm folgen muß, werden beinahe vollständig die Erreichung dieses Zieles ermöglichen.

Weder das lächerliche Revanchegeschei der französischen Chauvinisten, noch das Zähneknirschen der Engländer, noch das unregelmäßige Gebaren der Slawen werden uns von unserem Endziel abbringen, das Deutschtum in der ganzen Welt zu stärken und auszubreiten.

Die Franzosen mögen rüsten soviel sie wollen; sie können nicht von heute auf morgen ihre Bevölkerung vermehren. Die Verwendung eines schwarzen Heeres auf den europäischen Kriegsschauplätzen wird noch lange ein, übrigens jeder Schönheit barer, Traum sein.

II. Ziel und Aufgaben unserer nationalen Politik, unseres Heeres und unserer besonderen Organe im Dienste des Heeres

Unser neues Militärgesetz ist lediglich eine Erweiterung des militärischen Erziehungswerkes am deutschen Volk. Unsere Vorfahren von 1813 haben größere Opfer gebracht. Es ist unsere heilige Pflicht, das Schwert, das man uns in die Hand gedrückt hat, zu schärfen und bereit zu halten, um uns zu verteidigen und um unserem Feinde Hiebe zu versetzen. Der Gedanke muß tief ins Volk eindringen, daß unsere Rüstungen eine Antwort sind auf die französischen Rüstungen und die französische Politik. Es muß an die Auffassung gewöhnt werden, daß ein Offensivkrieg unsererseits eine Notwendigkeit ist, um den Herausforderungen des Gegners entgegenzutreten. Dabei muß vorsichtig zu Werke gegangen werden, um keinen Verdacht zu erwecken, und es gilt, die Krisen zu vermeiden, die unser wirtschaftliches Leben schädigen könnten. Die Sache muß so geführt werden, daß unter dem schweren Druck gewaltiger Rüstungen, großer Opfer und einer gespannten politischen Lage

ein Losschlagen wie eine Erlösung empfunden wird, weil nachher, wie nach 1870, Jahrzehnte des Friedens und der Wohlfahrt folgen würden. Der Krieg muß auch in finanzieller Hinsicht vorbereitet werden; nach dieser Richtung ist noch viel zu tun. Das Mißtrauen unserer Finanzleute darf nicht geweckt werden, aber vieles wird doch nicht verborgen bleiben können.

Um das Schicksal unserer Kolonien hätte man sich nicht zu bekümmern. Das Endergebnis in Europa wird auch für sie entscheidend sein. Dagegen müssen in Nordafrika und Rußland Unruhen hervorgerufen werden, damit auf diese Weise Kräfte des Gegners gebunden werden. Wir müssen uns daher unbedingt durch ausgesuchte Organe mit einflußreichen Leuten in Ägypten, Tunis, Algier und Marokko in Verbindung setzen und die für den Fall eines europäischen Krieges notwendigen Maßnahmen vorbereiten. Natürlich würden diese geheimen Verbündeten im Kriegsfall offen anerkannt und ihnen beim Friedensschluß die errungenen Vorteile dauernd zugesichert. Diese Absichten können ihre Verwirklichung finden. Ein erster, vor einigen Jahren gemachter Versuch hatte uns die gewünschte Fühlung verschafft, leider wurden aber die angeknüpften Beziehungen nicht genügend gefestigt. Wohl oder übel müssen wir aber Vorbereitungen dieser Art treffen, wenn wir einen Feldzug rasch zu Ende führen wollen.

Die durch politische Agenten in Kriegszeiten hervorzurufenden Erhebungen verlangen eine sorgfältige Vorbereitung, auch durch materielle Mittel. Gleich zu Beginn dieser Erhebungen sind die Verkehrsmittel zu zerstören; an die Spitze der Bewegung gehört ein leitender Kopf, der unter den einflußreichen religiösen oder politischen Führern zu finden sein wird. Die ägyptische Schule eignet sich hierzu besonders, sie vereinigt immer noch die Intellektuellen der muselmanischen Welt in sich.

Unter allen Umständen müssen wir stark genug sein, um in einem wuchtigen Anlauf unsere Feinde im Osten und Westen vernichten zu können. Aber im nächsten europäischen Kriege müssen auch die kleinen Staaten gezwungen werden, sich uns anzuschließen, oder sie wären zu maßregeln. Unter gewissen Bedingungen können ihre Heere und befestigten Plätze leicht überwältigt werden oder neutral gemacht werden; das hätte voraussichtlich gegenüber Belgien und Holland zu geschehen, um unserem Feind im Westen es nicht zu ermöglichen, dieses Gebiet zur Operationsbasis in unserer Flanke zu machen. Im Norden haben wir eine drohende Haltung Dänemarks oder der skandinavischen Staaten nicht zu befürchten; dies um so weniger, als wir in jedem Falle eine starke Nordarmee aufstellen und so in der Lage sein werden, jedem feindlichen Verhalten von dieser Seite her zu begegnen. Im ungünstigsten Falle könnte Dänemark von England zur Aufgabe seiner Neutralität gezwungen werden; aber in diesem Augenblick wäre die Entscheidung zu Wasser und zu Land bereits gefallen. Unsere Nordarmee, die durch holländische Truppen wesentlich verstärkt werden könnte, würde auch mit einer äußerst lebhaften Defensive jeder Offensive von dieser Seite begegnen.

Im Süden bietet die Schweiz ein äußerst starkes Bollwerk und wir können darauf rechnen, daß sie ihre Neutralität gegen Frankreich tatkräftig verteidigen und so unsere Flanke schützen wird.

Wie gesagt, befinden wir uns gegenüber den kleinen Staaten an unserer Nordwestgrenze nicht in der nämlichen Lage. Dort handelt es sich für uns um eine Lebensfrage und wir müssen darnach trachten, vom ersten Tage an mit stark überlegenen Kräften die Offensive zu ergreifen. Zu diesem Zweck muß eine große Armee zusammengezogen werden, der starke Landwehrtruppen folgen, welche die kleinen Staaten zwingen werden, sich uns anzuschließen oder zum wenigsten sich am Kriege nicht zu beteiligen, und welche sie im Falle eines bewaffneten Widerstandes zermalmen würden. Wenn diese Staaten dazu gebracht werden könnten, ihr Verteidigungssystem so einzurichten, daß unsere Flanke wirksam geschützt ist, dann könnte auf den geplanten Einmarsch verzichtet werden. Aber in diesem Falle müßte, namentlich in Belgien, auch das Heer umgestaltet werden, damit es eine sichere Garantie für einen wirksamen Widerstand böte. Wenn umgekehrt Belgiens Verteidigungsorganisation sich gegen uns richtete, was unserem westlichen Nachbar zum sichtlichen Vorteil gereichte, dann könnten wir diesem Staat unter keinen Umständen die Sicherheit seiner Neutralität gewährleisten. Unserer Diplomatie steht daher ein weites Feld offen, um im Sinne unserer Interessen in diesem Lande tätig zu sein.

Die getroffenen Maßnahmen geben der Hoffnung Raum, daß die Offensive sofort nach der vollständigen Versammlung der Niederrheinarmee ergriffen werden kann. Ein kurzfristiges Ultimatum, gefolgt vom sofortigen Truppeneinmarsch, wird gestatten, unser Vorgehen vom Standpunkte des Völkerrechts aus genügend zu rechtfertigen.

Das sind die Aufgaben, welche unser Heer zu erfüllen hat und die einen erhöhten Bestand erfordern. Wenn der Feind uns angreift oder wenn wir ihn bändigen wollen, werden wir wie unsere Brüder von 1813 handeln; der herausgeforderte Adler wird sich aufschwingen, den Feind mit seinen geschärften Klauen anpacken und ihn unschädlich machen. Wir werden uns dann daran erinnern, daß die Provinzen des alten deutschen Reichs, die Grafschaft Burgund und ein schöner Teil Lothringens, noch in den Händen Frankreichs sind, daß Tausende von deutschen Brüdern in den baltischen Provinzen unter dem slawischen Joch schmachten. Es ist eine nationale Frage, Deutschland wiederzugeben, was es einst besessen hat.

Nr. 3

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,
an Herrn Stéphane Pichon, Minister des Äußern*

Berlin, den 6. Mai 1913

Ich sprach heute abend mit dem Staatssekretär über die Botschafterkonferenz und die in der gestrigen Sitzung in London erzielten Ergebnisse.

Die Krisis, von der Europa bedroht war, ist nach seiner Ansicht beseitigt, aber nur für einige Zeit. Herr von Jagow bemerkte: „Es scheint, wir marschieren in einem Berglande. Wir haben eben einen schwierigen Paß überschritten und sehen neue Höhen vor uns sich erheben.“ — „Die, welche wir eben überwunden haben,“ erwiderte ich ihm, „bot vielleicht die größten Schwierigkeiten.“

Die Krisis, die wir eben durchgemacht haben, war sehr ernst. Hier hat man die Kriegsgefahr als unmittelbar bevorstehend angesehen. Wie besorgt man in Deutschland war, geht aus einer Reihe von Tatsachen hervor, die zu kennen für Ew. Exzellenz von Wichtigkeit ist.

Gestern erhielt ich den Besuch eines meiner Kollegen, mit dem ich in persönlichen und herzlichen Beziehungen stehe. Anlässlich seines Besuchs bei Herrn von Jagow fragte ihn dieser vertraulich, welches genau die Stellung Rußlands im äußersten Osten sei, und ob diese Macht im gegenwärtigen Zeitpunkt von jener Seite her irgend etwas zu befürchten habe, das dort ihre Kräfte zurückhalten würde. Der Botschafter antwortete ihm, daß Rußland nach seiner Ansicht dort nichts, gar nichts zu befürchten und in Europa freie Hand hätte.

Ich habe eingangs gesagt, daß die Kriegsgefahr hier als sehr nahe bevorstehend angesehen worden war. Man hat sich daher nicht damit begnügt, im äußersten Osten das Terrain zu sondieren, sondern man hat sich hier selber gerüstet.

Die Mobilmachung der deutschen Armee beschränkt sich nicht auf das eigentliche Aufgebot der Reservisten. Deutschland kennt eine vorbereitende Maßnahme, die wir nicht haben und die darin besteht, die Offiziere und Mannschaften der Reserve zu benachrichtigen, sich für das Aufgebot bereit zu halten, damit sie die nötigen Anordnungen treffen können. Dies ist ein allgemeiner „Achtungsbefehl“ und es bedarf des unglaublichen Sinns für Gehorsam, Disziplin und Verschwiegenheit, wie er in diesem Lande herrscht, damit eine solche Einrichtung bestehen kann. Wenn eine derartige Ankündigung in Frankreich erlassen würde, so würde das ganze Land erzittern und die Presse am folgenden Tage davon berichten.

Eine solche Ankündigung erging im Jahre 1911 während der Verhandlungen, die ich über Marokko führte.

Neuerdings wurde sie vor etwa zehn Tagen, d. h. zur Zeit der österreichisch-albanischen Spannung, erlassen. Ich weiß es, und zwar aus verschiedenen Quellen, namentlich von Reserveoffizieren, die Freunden in der größten Vertraulichkeit davon Mitteilung machten. Diese Herren haben die nötigen Maßnahmen getroffen, um ihrer Familie im Geldschrank die Mittel zum Leben für ein Jahr zu sichern. Es wurde sogar gesagt, der Kronprinz, der die Probefahrt des „Imperator“ mitmachen sollte, habe sich aus demselben Grunde nicht eingeschifft.

Der Entschluß zu dieser die eigentliche Mobilmachung vorbereitenden Maßnahme entspricht den Gedanken des Großen Generalstabes. Ich wurde

in dieser Beziehung von einer Äußerung in Kenntnis gesetzt, die General Moltke, der hier als der hervorragendste Offizier der deutschen Armee gilt, im Gespräch in einem Kreis von Deutschen gehalten hat.

Der Generalstab sinnt auf Überrumpelung. General Moltke sagte: „Man muß die Gemeinplätze über die Verantwortlichkeit des Angreifers beiseite lassen. Ist der Krieg einmal notwendig geworden, muß man alle Gewinnaussichten auf unsere Seite bringen. Der Erfolg allein rechtfertigt ihn. Deutschland kann und darf Rußland nicht Zeit zum Mobilisieren lassen; denn sonst wäre es genötigt, an der Ostgrenze eine so große Heeresmacht aufzustellen, daß es Frankreich nur mit einer gleichen, wenn nicht gar geringeren Truppenzahl gegenüberreten könnte. Deshalb, fügte der General bei, müssen wir unserem Hauptgegner zuvorkommen, sobald mit einer Wahrscheinlichkeit von neun gegen eins mit dem Ausbruch eines Krieges zu rechnen ist, und unverzüglich losschlagen, um jeden Widerstand mit Gewalt zu brechen.“*

Das ist genau der in den Militärkreisen herrschende Geisteszustand, und er entspricht demjenigen in den politischen Kreisen, die Rußland, im Gegensatz zu uns, nicht von vornherein als Feind betrachten.

So dachte und sprach man im Stillen vor 14 Tagen.

Man muß aus dieser Begebenheit die Lehre ziehen, welche die oben angeführten Tatsachen enthalten: Diese Leute fürchten den Krieg nicht, sie rechnen durchaus mit seiner Möglichkeit und haben die entsprechenden Maßnahmen getroffen. Sie wollen jederzeit bereit sein.

Wie gesagt, das setzt einen hohen Grad von Verschwiegenheit, Disziplin und Beharrlichkeit voraus; mit der Begeisterung allein ist es nicht getan. Es dürfte dienlich sein, über diese Lehre ernstlich nachzudenken in dem Augenblicke, wo die französische Regierung vom Parlament die Mittel für die Landesverteidigung verlangen wird. Jules Cambon

Nr. 4

*Herr Allixé, französischer Gesandter in Bayern,
an Herrn Stéphen Pichon, Minister des Außern*

München, den 10. Juli 1913

Vom politischen Gesichtspunkt aus fragt man sich, wozu die neuen Rüstungen dienen sollen. Da Deutschland von keiner Seite bedroht ist,

* In einem Brief an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes vom 18. Dezember 1914 erklärt General von Moltke zu diesen ihm zugeschriebenen Ausführungen: „Was die Äußerungen anbetrifft, die Mr. Cambon mir in seinem Bericht vom 6. Mai 1913 in den Mund legt, und über deren Quellen er sich nicht ausspricht, so erkläre ich dieselben von Anfang bis zu Ende für erfunden. Der Verantwortlichkeit meiner Stellung wohlbewußt, bin ich nie so unvorsichtig gewesen, mich, sei es in größerem oder in kleinerem Kreise außerhalb meines engsten Militärressorts über eine eventuelle Kriegführung unsererseits zu äußern. Alles, was Mr. Cambon als meine Äußerungen mitteilt, ist entweder von ihm oder seinem Gewährsmann erfunden.“ (Deutsches Weißbuch Juni 1919, Seite 75f.)

hält man dafür, die deutsche Diplomatie verfüge bereits über ansehnliche Kräfte und mächtige Bündnisse genug, um die deutschen Interessen mit Erfolg zu verteidigen. Wie ich seiner Zeit unmittelbar nach dem Marokkoabkommen von 1911 hervorhob, besteht die Auffassung, das Reichskanzleramt werde in Zukunft ebenso unfähig sein wie bisher, eine wirksame äußere Politik zu treiben und wenigstens auf diesem Gebiete Erfolge davonzutragen, die mit den Opfern, welche das Land sich auferlegt, im Einklang stünden.

Dieser Gemütszustand ist um so beunruhigender, als die Reichsregierung gegenwärtig von der öffentlichen Meinung in jedem Unternehmen, in das sie sich kräftig einlassen würde, selbst auf die Gefahr eines Konfliktes hin, unterstützt würde. Der Kriegszustand, an den sich die Gemüter infolge der Ereignisse im Orient seit zwei Jahren gewöhnen, erscheint nicht mehr als eine Katastrophe in weiter Ferne, sondern als eine Lösung der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich mit der Zeit nur noch verschärfen werden.

Möge das Beispiel Bulgariens in Deutschland einen heilsamen Einfluß ausüben! Wie mir kürzlich der Prinzregent sagte: „Das Waffenglück ist immer ungewiß; jeder Krieg ist ein Abenteuer, und ein Narr, wer sich in dasselbe hineinstürzt, im Glauben, der Sieg sei ihm sicher.“

Allizé

Nr. 5

Note an Herrn Stéphen Pichon, Minister des Außern

(über die öffentliche Meinung in Deutschland, nach den Berichten der diplomatischen Vertreter und Konsularagenten)

Paris, den 30. Juli 1913

Aus den Beobachtungen, welche unsere Vertreter in Deutschland bei Personen, die in die verschiedensten Kreise Zutritt haben, machen konnten, darf der Schluß gezogen werden, daß zwei Gefühle die Geister beherrschen und erregen:

1. Der Vertrag vom 4. November 1911 sei für Deutschland eine Enttäuschung;
2. Frankreich — ein neues Frankreich — von dem man bis zum Sommer 1911 keine Ahnung hatte — sei kriegerisch gesinnt. Es wolle den Krieg.

Reichstagsabgeordnete aller Parteien, von den Konservativen bis zu den Sozialdemokraten, und aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands, Angehörige der Hochschulen von Berlin, Halle, Jena und Marburg, Studenten, Lehrer, Handelsbeflissene, Bankangestellte, Bankiers, Handwerker, Handelsleute, Industrielle, Ärzte, Rechtsanwälte, Redakteure demokratischer und sozialdemokratischer Zeitungen, jüdische Schrift-

steller, Gewerkschaftsmitglieder, Pastoren und Krämer der Brandenburger Mark, pommersche Junker und den 505. Jahrestag der Gründung ihres Verbandes feiernde Schuster von Stettin, Burgherren, Beamte, Priester und westfälische Großgrundbesitzer — sie alle sind, mit nur unbedeutenden Schattierungen und je nach ihrer Zugehörigkeit zu diesen oder jenen Kreisen und Parteien, in diesen beiden Punkten einig. Alle diese Meinungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Der Vertrag vom 4. November ist eine diplomatische Niederlage, ein Beweis der so oft gerügten Unfähigkeit der deutschen Diplomatie und Sorglosigkeit der Regierung, der Beweis, daß die Zukunft des Reiches ohne einen neuen Bismarck nicht gesichert ist, eine nationale Demütigung, eine Einbuße der europäischen Achtung, eine Schmälerung des deutschen Ansehens, was um so ernster ist, als bis zum Jahre 1911 Deutschlands militärische Überlegenheit unbestritten und die französische Anarchie, die Ohnmacht der Republik gewissermaßen ein deutsches Dogma gewesen ist.

Im Juli 1911 stellte der „Streich von Agadir“ zum ersten Male die marokkanische Frage wahrhaftig als eine nationale, für das Leben und die Ausdehnung Deutschlands bedeutungsvolle Angelegenheit dar. Die Enthüllungen und Prozesse, die nachher in der Presse zutage traten, haben zur Genüge dargetan, wie die Bewegung eingeleitet worden war, was für alldeutsche Begehrlichkeiten sie geweckt und welchen Groll sie zurückgelassen hatte. Wenn die Person des Kaisers umstritten, der Kanzler nicht populär ist, so war Herr von Kiderlen letzten Winter der meistgehaßte Mann in Deutschland. Er fängt jedoch an, nur noch mißachtet zu sein, denn er läßt durchblicken, daß er sich rächen werde*.

Also während des Sommers 1911 bäumte sich die deutsche öffentliche Meinung gegen die französische wegen Marokko auf. Und die Haltung Frankreichs, seine ruhige Gelassenheit, seine wiederhergestellte moralische Einheit, seine Entschlossenheit, sein Recht bis zum Äußersten geltend zu machen, der Umstand, daß es so unverschämt ist, sich vor dem Krieg nicht zu fürchten, sind der beständige und wichtigste Grund der Beunruhigung und Verstimmtheit der deutschen öffentlichen Meinung.

Warum hat Deutschland denn nicht im Sommer 1911 den Krieg erklärt, wo doch die öffentliche Meinung, wenn auch weniger einmütig und entschlossen als in Frankreich, dem Losschlagen günstig war? Außer der Friedensliebe des Kaisers und des Kanzlers werden in maßgebenden Kreisen militärische und finanzielle Gründe geltend gemacht.

Aber diese Ereignisse des Jahres 1911 haben in Deutschland eine gewaltige Enttäuschung hervorgerufen. Ein neues, geeinigtes, entschlossenes

* Da der Staatssekretär von Kiderlen-Waechter bereits am 30. Dezember 1912 gestorben war und nicht anzunehmen ist, daß der Redakteur von Gelbbuch Nr. 5 dies nicht wußte, liegt die Vermutung nahe, daß die Note an Stéphen Pichon nicht am 30. Juli 1913 abgefaßt worden ist, sondern ein früherer Bericht, der Ende 1911 oder Anfang 1912 zusammengestellt wurde, mit dem Datum des 30. Juli 1913 versehen worden ist. (Vgl. auch „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, 4. Januar 1915, Nr. 4.)

Frankreich, das gewillt ist, sich nicht mehr einschüchtern zu lassen, ist aus dem Grabe auferstanden, in das man es seit 10 Jahren versenkt glaubte. Mit einem von Ärger untermischten Erstaunen, hat die deutsche öffentliche Meinung vom Dezember bis zum Mai aus den Zeitungsberichten aller Parteien, die der Reichsregierung ihre Unfähigkeit und Feigheit vorwarfen, die Entdeckung gemacht, daß der Besiegte von 1870 seither ununterbrochen Krieg geführt, seine Fahne und das Ansehen seines Heeres in Asien und Afrika zur Geltung gebracht und weite Gebiete erobert hatte; daß dagegen Deutschland an vergangenem Heldenmut gezehrt hatte, daß die Türkei das einzige Land sei, wo es unter der Regierung Wilhelms II. moralische Eroberungen machte, Eroberungen, die übrigens nun durch die schimpfliche Lösung der marokkanischen Frage sehr in Frage gestellt werden. Bei jeder kolonialen Eroberung Frankreichs tröstete man die öffentliche Meinung mit den Worten: „Ja, aber das hindert den Zerfall, die Anarchie, die Zersetzung Frankreichs im Innern nicht.“

Man täuschte sich, und man täuschte die öffentliche Meinung.

Was läßt sich in Anbetracht derartiger Gefühle der deutschen öffentlichen Meinung, die Frankreich für kriegerisch gesinnt hält, mit Bezug auf die Möglichkeit und das nahe Bevorstehen eines Krieges voraussagen?

Bezüglich der Frage der Möglichkeit und des Bevorstehens eines Krieges machen sich in der deutschen öffentlichen Meinung zwei Strömungen geltend.

Es gibt im Lande Friedensmächte, aber sie sind nicht organisiert und ohne volkstümliche Führer. Nach ihrer Ansicht wäre der Krieg für Deutschland ein soziales Unglück, der Kastendünkel, die preußische Vorherrschaft und die Kanonen- und Panzerfabrikanten zögen daraus den größten Vorteil, und der Krieg würde hauptsächlich England zustatten kommen.

Diese Friedensmächte zerfallen in folgende Gruppen:

Die große Masse der Arbeiter, der Handwerker und der Bauern, die von Natur aus Friedensfreunde sind.

Der Adel, der von den Interessen an einer militärischen Laufbahn befreit und an industriellen Unternehmungen beteiligt ist — so die schlesischen Adeligen und einige andere am Hofe einflußreiche Persönlichkeiten — und der weitsichtig genug ist, um sich von den unheilvollen politischen und sozialen Folgen eines selbst siegreichen Krieges Rechenschaft zu geben.

Eine große Zahl mittlerer Industrieller, Handels- und Finanzleute, die im Falle eines Krieges, selbst wenn er siegreich verlaufen sollte, bankrott würden, weil ihre Geschäfte vom Kredit leben und hauptsächlich mit ausländischem Kapital arbeiten.

Die Polen, die Elsaß-Lothringer und die Schleswig-Holsteiner, die wohl unterworfen, aber noch nicht assimiliert und im geheimen der preußischen Politik feindselig gesinnt sind, zusammen ungefähr 7 Millionen annektierte Deutsche.

Endlich sind die Regierungen und führenden Klassen der großen Süd-

staaten, Sachsen, Bayern, Württemberg und Großherzogtum Baden, von dem doppelten Gefühl beherrscht: Ein unglücklich verlaufender Krieg würde den Fortbestand des Bundes bedrohen, der ihnen große wirtschaftliche Vorteile gebracht hat; ein siegreicher Krieg würde einzig Preußen und der Verpreußung zugute kommen, gegen die sie nur mit Mühe ihre politische Unabhängigkeit und ihre Selbständigkeit auf dem Gebiete der Verwaltung aufrecht erhalten können.

Alle diese Kreise ziehen, aus Überlegung oder instinktmäßig, den Frieden dem Kriege vor. Aber es handelt sich dabei bloß um politische Gegengewichtskräfte, deren Einfluß auf die öffentliche Meinung beschränkt ist, oder um soziale Kräfte, die schweigen, untätig sind und der Ansteckung eines ausbrechenden Kriegsfiebers keinen Widerstand leisten könnten.

Ein Beispiel wird diese Ansicht bekräftigen: Die 110 sozialdemokratischen Abgeordneten sind Anhänger des Friedens. Sie könnten den Krieg nicht verhindern, denn er hängt nicht von einem Beschlusse des Reichstags ab, und gegenüber dieser Möglichkeit würde der Großteil ihrer Leute mit dem Rest des Landes in das Zorneschrei oder die Kriegsbegeisterung einstimmen.

Man muß ferner beachten, daß diese Anhänger des Friedens in der großen Menge an den Krieg glauben, weil sie keinen anderen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage sehen. In gewissen Verträgen, namentlich den Verlagsverträgen, wurde die Auflösungsklausel für den Kriegsfall aufgenommen. Diese Kreise hoffen immerhin, daß einerseits der Wille des Kaisers und andererseits die Schwierigkeiten Frankreichs in Marokko noch für einige Zeit den Frieden verbürgen. Aber wie dem auch sei, ihr Pessimismus läßt den Anhängern des Krieges freies Spiel.

Man spricht bisweilen von einer deutschen Militärpartei. Der Ausdruck ist ungenau, selbst wenn man damit sagen will, daß Deutschland das Land der Oberhoheit der Militärgewalt sei, wie man von Frankreich sagt, es sei das Land der Oberhoheit der bürgerlichen Gewalt. Es gibt eine Geistesrichtung, die mehr Aufmerksamkeit verdient als diese historische Tatsache, da sie eine augenscheinlichere und unmittelbare Gefahr bedeutet. Es gibt eine Kriegspartei mit Führern, mit Soldaten, mit einer überzeugten oder bezahlten Presse zur Erzeugung der öffentlichen Meinung, mit vielseitigen und furchtbaren Mitteln, um die Regierung einzuschüchtern. Sie wirkt auf das Land ein mit klaren Gedanken, heißen Gefühlen, einem brausenden und angestregten Willen.

Die Anhänger des Krieges teilen sich in mehrere Klassen. Jeder leitet aus seiner Kaste, seinem Stande, seiner geistigen und sittlichen Bildung, seinen Vorteilen, seinem Grolle besondere Gründe ab, die eine allgemeine Gesinnung hervorrufen und die Wucht und das Ungestüm der kriegerischen Strömung steigern.

Die einen wollen den Krieg, weil er unter den gegenwärtigen Verhältnissen „unvermeidlich“ ist. Nach ihnen ist es für Deutschland besser, wenn er früher statt erst später ausbricht.

Andere halten ihn aus wirtschaftlichen Gründen für nötig, wegen der Übervölkerung, der Überproduktion, des Bedürfnisses nach neuen Märkten und Absatzgebieten, oder aus sozialen Gründen, indem eine Ablenkung nach außen einzig imstande sei, das Anschwellen der sozialdemokratischen Massen und ihr Aufsteigen zur Macht zu verhindern oder hintanzuhalten.

Wieder andere, über die Zukunft des Reichs beunruhigt und überzeugt, daß die Zeit für Frankreich arbeite, sind der Ansicht, man müsse das Ereignis beschleunigen. Nicht selten begegnet man in Gesprächen und patriotischen Schriften dem dunkeln, aber tiefgewurzelten Gefühl, ein freies Deutschland und ein verjüngtes Frankreich seien zwei miteinander unverträgliche geschichtliche Tatsachen.

Noch andere sind kriegerisch gesinnt aus „Bismarckismus“, wenn man so sagen kann. Für sie ist es eine Demütigung, mit Franzosen freimütig und vernünftig reden zu müssen in Verhandlungen und Besprechungen, in denen sie nicht immer Recht bekamen, während sie doch die entscheidendere Macht haben. Eine nicht ferne Vergangenheit hat bei ihnen einen Dünkel gezeitigt, der durch die Erinnerung an früher Erlebtes, durch mündliche Überlieferung und Bücher immer neu genährt wird und sich infolge der Ereignisse der letzten Jahre verletzt fühlt. Dieser Ärger, diese Gereiztheit ist das entscheidende Merkmal des Geistes, der die Bildung der Wehrvereine und anderer Vereinigungen Jungdeutschlands gerufen hat und sie beseelt.

Einige wollen den Krieg aus dunkelm Haß gegen das revolutionäre Frankreich. Andere endlich aus Rachsucht. Diese letztern sind es, die alle möglichen Vorwände zusammentragen.

In Wirklichkeit kommen alle diese Stimmungen folgendermaßen zur Erscheinung: Die Junker, im Reichstag durch die konservative Partei vertreten, wollen um jeden Preis der Erbschaftssteuer aus dem Wege gehen, die doch unvermeidlich ist, wenn der Friede länger anhält. Der Reichstag hat in der letzten Sitzung der eben geschlossenen Session den Grundsatz derselben bereits angenommen. Das bedeutet einen schweren Eingriff in die Interessen und Vorrechte des großgrundbesitzenden Adels. Andererseits ist dieser Adel eine Militäraristokratie, und ein Vergleich des Jahrbuches des Heeres mit demjenigen des Adels ist in dieser Beziehung sehr lehrreich. Einzig der Krieg kann sein Ansehen länger aufrecht erhalten und seinen Familieninteressen nützen. In der Beratung des Militärgesetzes hat ein Redner dieser Partei zugunsten seiner Annahme die Beförderung der Offiziere geltend gemacht. Diese soziale Klasse, die eine Hierarchie bildet, deren Spitze der König von Preußen ist, stellt endlich mit Schrecken die fortschreitende Demokratisierung Deutschlands und die wachsende Macht der sozialdemokratischen Partei fest und hält dafür, daß ihre Tage gezählt seien. Nicht nur sind ihre materiellen Interessen durch die wuchtige Bewegung gegen das agrarische Schutzzollsystem bedroht, sondern auch ihre politische Vertretung nimmt mit jeder Legislaturperiode ab. Der Reichstag zählte im Jahre 1878 (auf 397) 162 adelige Mitglieder, 1898 83;

1912 waren es noch 57, und davon gehören bloß 27 der Rechten an, 14 dem Zentrum, 7 der Linken und einer der sozialdemokratischen Fraktion.

Die Großbourgeoisie, vertreten durch die nationalliberale Partei, die Partei der Befriedigten hat nicht die gleichen Gründe wie die Junker um den Krieg zu wollen. Sie ist, jedoch mit wenigen Ausnahmen, kriegerisch gesinnt und hat dafür soziale Gründe.

Der Großbourgeoisie geht die Demokratisierung Deutschlands nicht weniger nahe als dem Adel. 1871 hatte sie 125 Vertreter im Reichstag, 1874 155, 1887 99 und 1912 45. Sie kann es nicht vergessen, daß sie unmittelbar nach dem Kriege von 1870 im Parlament die führende Rolle spielte, indem sie den Plänen Bismarcks gegen die Junker diene. Heute, schwankend zwischen angeborener konservativer Gesinnung und liberalen Ideen, erwartet sie vom Kriege Lösungen, die ihre unfähigen und kläglichen Vertreter nicht finden können. Außerdem behaupten die industriellen Doktrinäre, daß die Schwierigkeiten, die sie mit ihren Arbeitern haben, ihren Ursprung in Frankreich, dem revolutionären Herde des Gedankens an Emanzipation, hätten — ohne Frankreich wäre in der Industrie alles ruhig.

Endlich, die Kanonen- und Stahlpanzerfabrikanten, die Großkaufleute, die größere Märkte verlangen, die Bankiers, welche auf das goldene Zeitalter und die nächste Kriegsentschädigung spekulieren, denken, der Krieg wäre ein gutes Geschäft.

Zu den „Bismarckianern“ müssen die Beamten jeder Art gerechnet werden, die im Reichstag ziemlich genau durch die Freikonservativen oder die Reichspartei vertreten sind, die Partei der Pensionierten, deren Sturmgedanken in der „Post“ verbreitet werden. Sie machen Schule in den Vereinigungen der jungen Leute, deren Geist und Gesinnung durch die Schule oder die Universität in diesem Sinne bearbeitet worden ist.

Die Universität, abgesehen von einigen hervorragenden Geistern, entwickelt kriegerische Gedanken. Die Volkswirtschaftler weisen an Hand der Statistik nach, Deutschland bedürfe einer seiner industriellen Entwicklung entsprechenden Kolonial- und Handelsmacht. Es gibt fanatische Soziologen, die noch weiter gehen. Nach ihnen ist der bewaffnete Frieden eine erdrückende Last für die Nationen, welche die Verbesserung des Loses der breiten Massen verhindere und den sozialdemokratischen Ansturm begünstige. Frankreich widersetze sich durch seinen hartnäckigen Revanchegedanken der Abrüstung. Es müsse daher ein für allemal für ein Jahrhundert unschädlich gemacht werden, das sei die beste und rascheste Art der Lösung der sozialen Frage.

Geschichtsforscher, Philosophen, politische Schriftsteller und andere Verteidiger der „deutschen Kultur“ wollen der Welt eine spezifisch deutsche Denk- und Empfindungsart aufnötigen. Sie wollen die geistige Vorherrschaft erobern, die, nach der Auffassung der hellen Köpfe, Frankreich ver-

bleibt. Aus dieser Quelle nährt sich das hohle Geschwätz der Alldeutschen und die Denkart der Kriegervereine, Wehrvereine und anderer derartiger Verbindungen, die so gut bekannt sind, daß darüber kein weiteres Wort verloren zu werden braucht. Es sei nur bemerkt, daß infolge der durch den Vertrag vom 4. November verursachten Unzufriedenheit die Zahl der Mitglieder der Kolonialgesellschaften beträchtlich gestiegen ist.

Endlich gibt es Anhänger des Krieges aus Groll und Rachsucht. Sie sind die Gefährlichsten. Sie rekrutieren sich hauptsächlich aus den Diplomaten. Die deutschen Diplomaten sind in der öffentlichen Meinung sehr übel angeschrieben. Die Erbittertsten sind diejenigen, die seit 1905 an den Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland beteiligt waren; sie häufen die Beschwerden gegen uns an und fügen immer neue hinzu, und sie werden eines schönen Tages in der Kriegspresse Abrechnung halten. Man hat den Eindruck, daß sie diese Beschwerden in Marokko suchen werden, wenn auch ein Zwischenfall jederzeit auf irgendeinem Punkte des Erdballs, wo Frankreich und Deutschland in Berührung kommen, sich ereignen kann.

Sie wollen ihre Rache haben, denn sie beklagen sich, daß sie angeführt worden seien. Während der Beratung der Wehrvorlagen erklärte einer dieser kriegslustigen Diplomaten: „Deutschland wird mit Frankreich erst dann ernsthaft reden können, wenn es alle seine wehrfähigen Männer unter den Waffen haben wird.“

Wie wird dieses Vorgehen eingeleitet werden? Die Ansicht ist, selbst in den Kreisen der Alldeutschen, ziemlich verbreitet, mit Rücksicht auf das Defensivbündnissystem und die Stimmung des Kaisers werde Deutschland den Krieg nicht erklären. Aber im gegebenen Moment müsse der Kaiser Frankreich mit allen Mitteln zum Angriff zwingen. Man wird letzteres nötigenfalls beleidigen. Das ist preußische Überlieferung.

Muß der Krieg deshalb als unvermeidlich angesehen werden?

Deutschland wird höchst wahrscheinlich das Wagnis nicht unternehmen, wenn Frankreich vor der Öffentlichkeit den Beweis erbringen kann, daß die „Entente cordiale“ und das Bündnis mit Rußland nicht bloß diplomatische Erdichtungen, sondern Tatsachen sind, die wirklich bestehen und sich geltend machen werden. Die englische Flotte flößt einen heilsamen Schrecken ein. Aber man weiß, daß ein Seesieg die Sache nicht entscheiden, sondern daß zu Land die Rechnung endgültig beglichen werden wird.

Rußlands Bedeutung und Gewicht wird heute von der öffentlichen Meinung höher eingeschätzt als vor drei oder vier Jahren, aber in den politischen und militärischen Kreisen glaubt man nicht, daß sein Eingreifen rasch und tatkräftig genug erfolgen könne, um wirksam zu sein.

Die Geister gewöhnen sich so daran, den nächsten Krieg als einen Zweikampf zwischen Frankreich und Deutschland anzusehen.

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,
an Herrn Stéphane Pichon, Minister des Äußern*

Berlin, den 22. November 1913

Aus ganz zuverlässiger Quelle habe ich Kenntnis von einer Unterredung erhalten*, die der Kaiser in Gegenwart des Generalstabschefs General von Moltke vor etwa vierzehn Tagen mit dem König der Belgier gehabt haben soll und von der, wie es scheint, König Albert sehr betroffen gewesen sein soll. Dieser von ihm empfundene Eindruck hat mich keineswegs überrascht, denn er entspricht dem, den ich selbst seit einiger Zeit empfinde: Die feindliche Gesinnung gegen uns verschärft sich, und der Kaiser hat aufgehört, Anhänger des Friedens zu sein.

König Albert dachte bis dahin, wie alle Welt, Wilhelm II., dessen persönlicher Einfluß sich wiederholt in kritischen Augenblicken zugunsten der Aufrechterhaltung des Friedens geltend gemacht hatte, hege immer noch die gleichen Gesinnungen. Diesmal soll er ihn aber vollständig verändert gefunden haben: Der deutsche Kaiser ist in seinen Augen nicht mehr der Verfechter des Friedens gegenüber den kriegerischen Absichten gewisser deutscher Parteien. Wilhelm II. ist zur Auffassung gekommen, daß der Krieg mit Frankreich unvermeidlich sei, und daß es früher oder später dazu kommen müsse. Natürlich glaubt er an die erdrückende Überlegenheit des deutschen Heeres und an seinen sichern Erfolg.

General von Moltke sprach sich genau wie sein Herrscher aus. Auch er erklärte den Krieg als notwendig und unvermeidlich, aber er zeigte sich des Erfolges noch sicherer, „denn,“ so sagte er zum Könige, „diesmal muß ein Ende gemacht werden, und Ew. Majestät können sich keine Vorstellung davon machen, welche unwiderstehliche Begeisterung an jenem Tage das ganze deutsche Volk mitreißen wird.“

Der König von Belgien warf ein, es hieße die Absichten der französischen Regierung entstellen, wenn man sie so wiedergebe, und sich durch die Kundgebungen einiger überspannter Köpfe oder gewissenloser Ränkeschmiede über die wahren Gesinnungen der französischen Nation täuschen lasse.

Der Kaiser und sein Generalstabschef beharrten trotzdem auf ihrem Standpunkte**.

Übrigens schien der Kaiser während dieser Unterredung überarbeitet und gereizt. Mit der zunehmenden Bürde der Jahre gewinnen

* Jules Cambon erhielt von dieser Unterredung Kenntnis durch den belgischen Gesandten in Berlin, Baron Beyens. (Vgl. Baron Beyens: *L'Allemagne avant la Guerre*. G. van Oest et Cie., Paris et Bruxelles, 1917, S. 26.)

** Diese Mitteilung steht im Widerspruch zu einem Bericht des deutschen Militärattachés in Brüssel, Major von Klüber, und einer brieflichen Äußerung des Generals von Moltke in Beantwortung einer Anfrage des Staatssekretärs von Jagow. Vgl. *Parlamentarischer Untersuchungsausschuß Heft 2: Militärische Rüstungen*, Anlage 54, Seite 95 und *Deutsches Weißbuch 1919*, Anlage IV, Seite 75.

die Familientraditionen, die rückschrittlichen Gesinnungen des Hofes und namentlich die Ungeduld der Militärs immer mehr Herrschaft über seinen Geist. Vielleicht empfindet er wer weiß was für eine Eifersucht über die Popularität seines Sohnes, der den Leidenschaften der Alldeutschen schmeichelt und die Stellung des Reiches in der Welt nicht seiner Macht entsprechend findet. Vielleicht ist auch die Antwort Frankreichs auf die letzte Heeres-Vermehrung, deren Zweck war, die unbestrittene Überlegenheit Deutschlands zu schaffen, mit schuld an dieser Verbitterung, denn was man auch sagen mag, man fühlt, daß man schwerlich weiter gehen kann.

Man kann sich fragen, was hinter dieser Unterredung steckt. Der Kaiser und sein Generalstabschef mögen den Zweck verfolgt haben, den König von Belgien zu beeindrucken und ihn zu bestimmen, im Falle eines Konfliktes mit uns keinen Widerstand zu leisten. Vielleicht wolle man auch Belgien gewissen ehrgeizigen Plänen, die man hier mit Bezug auf den Kongo hat, geneigter sehen, aber diese letztere Hypothese scheint mir mit dem Dazwischentreten des Generals von Moltke nicht im Einklang zu stehen.

Übrigens ist Kaiser Wilhelm weniger Herr seiner ungeduldigen Gedanken, als man gemeinhin glaubt. Ich war mehr als einmal dabei, wie ihm seine innersten Gedanken entschlüpften. Was er auch durch die Unterredung, von der mir Kenntnis gegeben wurde, erzielt haben wollte, so hat die vertrauliche Mitteilung nichtsdestoweniger sehr ernsten Charakter. Sie entspricht der Unsicherheit der allgemeinen Lage und dem Zustand eines gewissen Teils der öffentlichen Meinung in Frankreich und Deutschland.

Wenn ich einen Schluß ziehen darf, so möchte ich sagen, daß man gut daran tut, der neuen Tatsache Rechnung zu tragen, daß der Kaiser sich mit einer Denkweise vertraut macht, die ihm früher widerstrebte, und daß wir, um eine ihm geläufige Wendung zu gebrauchen, unser Pulver trocken halten müssen.

Jules Cambon